

Inhalt

**Können oder Nichtkönnen –
das ist hier die Frage** 1

Hände weg von Bus und Bahn! 1

Editorial 2

**Von vorgestern –
Hochwasserschutz in Sachsen** 3

**KlimaSTADTWandel –
4. Sächsischer Klimakongress
Kinderworkshop „Energie & Klima“** 4

**Atomstrom – die strahlende
Brücke in eine klimafreundliche
Energieversorgung?** 5

**Die Diskussion um die
Bildungscard geht an der
Realität in Sachsen vorbei** 6

**Im Landkreis Görlitz erinnern
die Schäden doch an das
Hochwasser von 2002** 6

**Für eine Interessenabwägung
beim Ladenschluss** 7

**Volkszählung 2.0:
Jeder wird erfasst!** 7

Damit's bunt bleibt! 7

Termine 8

Beschnitten – der Baumschutz

Gerodet – die Deiche

Publikationen

Impressum

Können oder Nichtkönnen – das ist hier die Frage

Anfang September brachte Finanzminister Georg Unland (CDU) den Doppelhaushalt für die Jahre 2011/2012 in den Landtag ein. Damit war die Debatte über den bisher größten Kürzungshaushalt des Freistaates offiziell eröffnet. 2011 wird Sachsen 1,23 Mrd. Euro weniger einnehmen – exakt so viel will die Staatsregierung im kommenden Jahr einsparen. So weit, so gut – neue Schulden sind in diesen Zeiten nicht angebracht. Doch die Ansage von FDP-Fraktionschef Holger Zastrow, es sei für die FDP ein Dogma, auf staatliche Neuverschuldung zu verzichten, ist lächerlich. Was nützt die „harte-Mann-Pose“, wenn es versäumt wird, den Staatshaushalt ohne spürbare qualitative Verbesserungen aufzuräumen?

Verbal ließ sich der Finanzminister zwar auf den Qualitätsgedanken ein: Die Staatsregierung trage mit dem Verzicht auf Neuverschuldung und den Schwerpunkt Forschung und Bildung zur Generationengerechtigkeit bei, so sein Tenor. Zudem

versuche sie durch strukturelle Maßnahmen die Handlungsfähigkeit des Freistaats zu erhalten. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich der Haushalt als vertane politische Chance und handwerklicher Murks.

Einige Beispiele: Im Bereich der frühkindlichen Bildung bleibt die Staatsregierung untätig. Damit jedes Kind in der Kita von der Förderung profitieren kann, müssten dringend die Gruppen verkleinert werden.

Auf die Tagesordnung hätte auch eine Qualitätsoffensive bei den Landes- und Aufbau-Ost-Programmen gehört. Doch die Staatsregierung wird auch künftig alles, was Bund und EU an Programmen anbieten, kofinanzieren. Dabei wäre eine gründliche Prüfung aller Programme nach ihrer Zielstellung und ihrer Effizienz dringend notwendig. Wir sollten lieber auf einige Angebote in Zukunft verzichten und aus den eingesparten Landesmitteln eigene Programme auflegen, z. B. zur wärmedämmenden Gebäudesanierung, um Heizkosten zu senken.

HAUSHALT

Hände weg von Bus und Bahn!

Im Haushaltsentwurf 2011/12 lässt Verkehrsminister Sven Morlok (FDP) die Katze aus dem Sack: Bei Bus, Bahn und Rad wird drastisch gespart. Allein 60 Mio. Euro Bundesmittel werden dem öffentlichen Nahverkehr entzogen. 70 Prozent der Bundesmittel für die sächsische Infrastruktur – mehr als 100 Mio. Euro – fließen allein in den Leipziger City-Tunnel. Andere Regionen werden dadurch abgehängt. Mit einer Postkartenaktion macht die GRÜNE-Fraktion gegen

die Kürzungen im Nahverkehr mobil. Die ausgefüllten Karten werden gesammelt und pünktlich zu den Haushaltsverhandlungen dem Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbler (CDU) übergeben.

Online-Petition

www.mobiles-sachsen.de/protest



Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

denken Sie, dass es eine sächsische Landtagsfraktion nichts angeht, wenn die Bundesregierung die Atomlaufzeiten verlängert und den Salzstock in Gorleben wieder zum Endlager machen will?

Oder dass in Stuttgart Milliarden in ein fragwürdiges Bahnhofprojekt fließen sollen? Oder dass gegen den massenhaften friedlichen Widerstand mit brutaler Härte vorgegangen wurde?

In Sachsen steht kein Atomkraftwerk und Gorleben wie Stuttgart sind weit weg. Und doch geht es uns etwas an. Nicht nur, weil eine GRÜNE-Fraktion solidarisch ist, global denkt und lokal handelt.

Sondern auch darum, weil mit der Verlängerung der Atomlaufzeiten der sächsischen Boombranche der letzten Jahre, der Solarindustrie, Wachstumsmöglichkeiten drastisch beschnitten werden. Auch wurde in der Energie-Debatte im Landtag deutlich, dass CDU und FDP in Berlin zwar gerne von Klimaschutz und Erneuerbaren Energien reden, aber es den schwarzen und gelben Parteifreunden in Sachsen vor allem um billige Energie und Braunkohleverstromung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geht.

Das Bahnprojekt in Stuttgart wird in Zeiten klammer Kassen nicht ohne Aus-

wirkungen auf andere Investitionen der Bahn bleiben. Da droht der Strecke Berlin – Dresden – Prag weiterhin eine Fahrzeit wie vor 70 Jahren. Von der Wiederankopplung von Chemnitz an die Fernbahn ganz zu schweigen.

Aber auch das politische Klima wird rauer. Offenbar versuchen CDU und FDP durch Lagerbildung aus ihren Umfragetiefs heraus zu kommen. Ihre Spitzen in Berlin haben sich entschieden, entlang alter Gräben politische Stimmung zu machen. Das hatten wir lange nicht, aber es ist nicht ganz neu.

Neu ist, dass diese Kampagne zuallererst gegen uns GRÜNE gerichtet ist. Doch wir lassen uns nicht bange machen. Denn wir denken, dass wir die besseren Argumente haben.

Zu Veranstaltungen zu einigen aktuellen Themen möchten wir Sie gerne einladen, z.B. zum Thema Ärztemangel, zum Denkmalschutz, zu den Kürzungen im Nahverkehr oder zum 4. Sächsischen Klimakongress (siehe Seite 8).

Andreas Jähnel

Pressesprecher

andreas.jaehnel@slt.sachsen.de

Können oder Nichtkönnen – das ist hier die Frage

Dem ebenfalls angekündigten Personalabbau steht keine Aufgabenkritik gegenüber. Strukturelle Maßnahmen, die diesen Namen verdient, sucht man also vergeblich.

Verantwortlich für die schlechte Einnahmesituation in Sachsen sind neben dem Konjunkturerinbruch erhebliche Steuermindereinnahmen, die die Staatsregierung durch ihre Zustimmung zu irrwitzigen Steuer senkungen im Bund, z. B. für Hoteliers, mit verursacht hat. Die Kosten für die Bürgschaft beim Verkauf der SachsenLB bleiben ebenfalls am sächsischen Steuerzahler hängen. Dafür möchte sich die Staatsregierung übrigens eine Neuverschuldungserlaubnis von 1,795 Mrd. Euro vom Parlament genehmigen lassen. Das ist unglaublich! Einen Haushalt ohne Neuverschuldung anzukündigen, und gleichzeitig einen Blankoscheck für neue Schulden von fast 2 Mrd. Euro haben wollen, ist zutiefst unehrlich. Wenn die CDU im Landtag solche Manöver mitmacht, versagt sie staatspolitisch. Parlamentarier sind zur Kontrolle der Regierung gewählt und nicht, um ihr wie Lemminge hinterher zu stürzen.

Sachsen steht vor einem Paradigmenwechsel. Denn so viel Kaufkraft wie in diesem Jahr wird der Freistaat aufgrund sinkender Einnahmen aus dem Solidaripakt nie mehr haben. Darum hilft ein Ausweichen auf Neuverschuldung, wie die Linke es vorschlägt, nicht weiter. Auch die SPD verkennt die Lage, wenn sie die Beamtenpensionen und die Stabilisierung der Pro-Kopf-Verschuldung aussetzen will – damit werden ebenso zukünftige Schulden aufgehäuft. Der Sparzwang rechtfertigt allerdings ebenso wenig das phantasielose Kürzen der Staatsregierung. Wer beispielsweise über 40 Prozent bei der Jugendhilfe streicht, handelt weder nachhaltig noch generationengerecht, sondern nimmt bewusst eine „soziale Verschuldung“ in Kauf.

Die GRÜNE-Fraktion will es besser machen. Wir wollen beweisen, dass auch ein Kürzungshaushalt sozial gerecht und zukunftsorientiert gestaltet werden kann. Dafür muss die Priorität auf nachhaltig wirksame Ausgaben gesetzt werden. Zum Beispiel wollen wir die Mittel für die „künstliche Befruchtung“ lieber für den Erhalt der gewachsenen Strukturen im Jugend- und Sozialbereich ausgeben.

❖ einen echten Schwerpunkt im Bildungsbereich setzen. Dazu gehört zuallererst, den Personalschlüssel in den Kitas zu verbessern. Davon profitieren 98 Prozent der Vorschulkinder. Dafür soll das Landeserziehungsgeld auslaufen, weil davon nur Wenige profitieren.

❖ ein Mobilitätsticket einführen, weil Mobilität eine Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist. Das Mobilitätsticket nützt aber wenig, wenn die Mittel für den ÖPNV massiv gekürzt werden. Deshalb wollen wir die Mittel wieder aufstocken sowie Geld aus anderen Bereichen umschichten.

❖ die energetische Altbausanierung voranbringen. Mit der Sanierung von Altbauten lassen sich die Mietnebenkosten senken. Im sächsischen Handwerk entsteht neue Arbeit, und es lässt sich klimapolitisch viel bewirken. Im Gegenzug wollen wir andere Förderprogramme, deren Wirkung weniger nachhaltig ist, auslaufen lassen.

Bedingt durch die demografische Entwicklung und den Klimawandel hat Sachsen in den nächsten Jahren große Aufgaben zu lösen. Je eher wir uns auf unseren eigenen Weg begeben, desto besser wird Sachsen den Herausforderungen begegnen können.



Foto: © Rainer Weidlog

Von vorgestern – Hochwasserschutz in Sachsen

„Mit einem blauen Auge und halb-trockenen Fußes davon gekommen, so könnte man die Situation nach dem Frühjahrshochwasser 2010 einschätzen. Allerdings muss das in naher oder ferner Zukunft nicht so bleiben.“ Mit diesen Bemerkungen brachte die Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach (GRÜNE) am 17. Juni 2010 den Antrag „Sofortige Schaffung von Rückhalteflächen an sächsischen Flüssen“ in den Landtag ein.

Bereits wenige Wochen später erwiesen sich die von ihr geäußerten Befürchtungen als bittere Realität. Anfang August traten besonders in den Mittelgebirgen und in Ostsachsen bereits wieder die Flüsse über die Ufer und Deiche und riefen Schäden in Millionenhöhe hervor.

Wie kam es dazu? Die Misserfolgsgeschichte des sächsischen Hochwasserschutzes ist hier schnell erzählt.

Der Hochwasserschutz in Sachsen setzt fast ausschließlich auf ingenieurtechnischen Gewässer Ausbau. Dabei vernachlässigt er die Erkenntnisse aus den Fluten von 1997 und 2002. Damals war man sich nach den Hochwassern parteiübergreifend einig. Man wollte den Flüssen mehr Überflutungsraum geben und die Flächenneuversiegelung drastisch verringern.

Für CDU und FDP waren das offenbar nur Lippenbekenntnisse. Die Neuversiegelungsfläche in Sachsen ist nach 2002 weiter

gestiegen und liegt bei etwa vier Hektar pro Tag. Auf Nachfrage aus der GRÜNEN-Fraktion war der zuständige Minister Frank Kupfer (CDU) nicht einmal in der Lage, eine Bilanz der Hochwasser-Rückhalteflächen in Sachsen oder die von der Landesregierung eingeplanten und verwendeten Finanzmittel für naturnahen Hochwasserschutz zu benennen. Das lässt tief blicken.

Bei mehreren neuen Hochwasserschutz-Projekten, wie bei den geplanten Hochwasserschutzmauern in Olbernhau und Roßwein, kommt die verfehlte Politik der Staatsregierung besonders zum Vorschein. Dort soll gegen den Willen der Bürgerschaft an kilometerlangen, flussverengenden Großprojekten festgehalten werden.



Foto: Stefan Dornik/flickr



Foto: Lars Lehmann/flickr

In der Hochwasserschutzpolitik der derzeitigen sächsischen Regierungskoalition sind die Ideen eines zeitgemäßen Hochwasserschutzes, der die Bürgerinnen und Bürger ermutigt und ertüchtigt, selbst mögliche und notwendige Maßnahmen zu ergreifen, gänzlich unbekannt. Mittel z. B. für die Eigenvorsorge, angepasste Gebäudesanierungen, die Bildung von Hochwasserschutz-Netzwerken oder die Anschaffung notwendigen Geräts wie Pumpen stehen im sächsischen Haushalt nicht zur Verfügung.

Es ist ganz offensichtlich, dass CDU und FDP nicht lernfähig zu sein scheinen. Man hält immer noch krampfhaft an den Hochwasserschutzmodellen des 19. Jahrhunderts fest. Die Deiche werden immer höher – nur nehmen die vom Klimawandel bedingten Hochwasser-Risiken trotzdem ständig zu.

KlimaSTADTWandel - 4. Sächsischer Klimakongress

Die Stadt steht im Mittelpunkt der nunmehr vierten Auflage des Klimakongresses der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Denn in den Städten wird weltweit der größte Anteil der Kohlendioxidemissionen verursacht. Es wird sich also vor allem dort entscheiden, ob und wie wir die Klimawende schaffen. Gleichzeitig sind die Bewohnerinnen und Bewohner auch von den Folgen des Klimawandels betroffen. Der Sommer 2010 hat uns da einen kleinen Vorgeschmack auf zukünftige Veränderungen gegeben. Denn im Juli dieses Jahres stöhnten besonders die Städter unter der Hitzewelle. Durch das Augusthochwasser hatten die Kommunen die höchsten Schäden zu verbuchen. Allen seriösen Prognosen nach werden diese Wetterextreme zunehmen.

Wir müssen endlich auf diese Herausforderungen reagieren. Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und jeder Einzelne – alle sind betroffen. Die Klimakrise ist ein gesellschaftliches Phänomen, das sich nur durch gesellschaftlichen Wandel bewältigen lässt.

Während sich die internationale „Klimakarawane“ im Dezember in Cancun trifft, um die mageren Ergebnisse der letzten Konferenz in Kopenhagen zu verbessern, sind einige Kommunen schon viel weiter. In Sachsen kommen lokale Erfolgsgeschichten jedoch meist aus kleinen Gemeinden wie Zschadras oder Ostritz. In Mittel- und Großstädten scheinen die politischen, ökonomischen, strukturellen und ideologischen Hindernisse ungleich größer zu sein.

Mittlerweile gibt es zwar zahlreiche Initiativen und Verbünde von Städten, die sich dem Ziel der klimafreundlichen Stadt verschrieben haben. Bereits 1994 traten

auch Leipzig und Dresden dem Klima-Bündnis der europäischen Städte bei. Daraus resultiert die Verpflichtung, bis 2010 die Kohlendioxid-Emissionen um 50 Prozent zu reduzieren. Doch passiert ist außerhalb einiger Modellprojekte bis heute wenig bis nichts. Alle Dresdnerinnen und Dresdner blasen wie schon vor zehn Jahren immer noch jährlich zehn Tonnen CO₂/Kopf in die Luft. Leipzig brüstet sich zwar mit einem geringeren Ausstoß von 6,1 Tonnen pro Kopf. Dabei „vergisst“ die Stadt jedoch ihren Flughafen und die Fernwärmeversorgung aus dem Braunkohlekraftwerk Lippendorf.

Was jetzt zu tun ist, um in den sächsischen Städten etwas zu ändern – darum wird es auf dem größten regelmäßigen Klimakongress Sachsens gehen.

Der oft diskutierte Umbau der Stromerzeugung ist dabei nur ein Teil der Lösung. Es wird deshalb Foren zu unterschiedlichen Lebensbereichen geben: Urbane Wälder, Elektromobilität, Schrumpfung gestalten, neue Formen des Zusammenlebens, das Spannungsfeld von Klimaschutz und Denkmalschutz, Strom für die Stadt und der Weg zum autoarmen Leben im Autoland Sachsen.

Hep Monatzeder, der Münchner Umweltbürgermeister, wird darüber berichten, wie sich in einer Großstadt ambitionierte Klimaschutzprogramme tatsächlich politisch durchsetzen lassen. München hat sich mit der Umstellung auf 100 Prozent Erneuerbaren Strom für die privaten Haushalte bis zum Jahr 2015 und komplett bis 2025 wirk-



lich ehrgeizige Ziele gesetzt.

Erstmals wird es in diesem Jahr auch ein Angebot für Kinder geben. Im „Future-Truck“ der TU-Chemnitz können

Schulkinder mit neuen Energietechnologien experimentieren. Vom solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen wird es ein Angebot für die ganz jungen Forscher geben.

Die Fraktion würde sich freuen, Sie und Dich am 4.12.2010 in Dresden begrüßen zu können.

Anmeldung und Programm

www.wir-sind-klima.de/klimakongress-2010.html

4. Dezember 2010

4. Sächsischer Klimakongress

10-17 Uhr

Kinderworkshop „Energie & Klima“

10-16 Uhr

Dresden, Theater im Wechselbad, Maternistr. 17

Kinderworkshop „Energie & Klima“ beim 4. Sächsischen Klimakongress

Was ist eigentlich Energie und woraus kann man sie gewinnen? Fängt eine Brennstoffzelle Feuer und warum sind die Flügel der Windräder so schmal?

Wie viel Energie verbraucht eine Google-Suche und wie viel Energie steckt in einem T-Shirt? Diesen und vielen weiteren Fragen können Kinder zwischen 4 und 14 Jahren mit



coolen Experimenten im Future Truck der Uni Chemnitz sowie bei kreativen Mitmachangeboten von solaris FZU von 10 bis 16 Uhr beim Kinderworkshop auf den Grund gehen.

Ein Angebot für alle Kinder, die Lust haben, einen Tag lang Interessantes und Aufregendes, Spannendes und Überraschendes über die Kraft zu erfahren, die unsere Welt bewegt.

Mehr Infos unter

www.wir-sind-klima.de/f0184646.I



Atomstrom - die strahlende Brücke in eine klimafreundliche Energieversorgung?

Das Kernargument der Atomstromfreunde lautet: Wir brauchen die Atomenergie als Brücke für den Übergang in eine Versorgung aus 100 Prozent erneuerbarer Energie.

Tatsächlich ist jedoch genau das Gegenteil der Fall. Die Laufzeitverlängerung bremst die erneuerbaren Energien aus, weil es heute schon ein Überangebot an Strom gibt. Neue Investitionen werden deshalb zum unkalkulierbaren Risiko.

Kernkraftwerke werden bisher aufgrund aufwendiger Anfahrprozesse vor allem im Grundlastbetrieb eingesetzt. Beispielsweise dauert das Anfahren eines über acht Stunden abgeschalteten Atomkraftwerks (AKW) etwa 50 Stunden, also mehr als zwei Tage. Mit steigendem Anteil von Öko-Strom ist aber nicht nur ein variabler Lastfolgebetrieb innerhalb gewisser Lastbereiche notwendig, sondern auch ein schnelles An- und Abfahren. Womit zukünftig zur Bereitstellung von Regelenergie vor allem hoch flexible Gaskraftwerke geeignet sind. Durch die Laufzeitverlängerung für AKW werden neue Investitionen in diese echte „Brückentechnologie“ jedoch für Jahre auf Eis gelegt. Denn gegen subventionierten Strom aus abgeschriebenen AKW können die Gaskraftwerke nicht konkurrieren. Was bedeutet

das? Bei Überangebot werden in Zukunft noch häufiger als bereits heute Windräder oder auch Biogasanlagen abgeschaltet.

Auch die Ausbauziele für Kraft-Wärme-Kopplung könnten nicht eingehalten werden, weil diese Anlagen heute schon oft an der Grenze der Wirtschaftlichkeit betrieben werden. Stadtwerke und andere regionale Betreiber werden nicht in neue Kraft-Wärme-Kopplung investieren, wenn sie den Strom nur mit Verlust verkaufen können.

Selbst nach den Gutachten, die dem Energiekonzept der Bundesregierung zu Grunde liegen, wird sich der Zubau erneuerbarer Energien von heute jährlich 5.185 Megawatt (MW) auf 3.448 MW vermindern. 2020 wird es somit 21 Prozent weniger Wind-, Wasser- und Solarstrom geben als ohne Laufzeitverlängerung. So kommt der Ausbau der Windenergie an Land bei einer installierten Gesamtleistung von etwa 36.400 Megawatt zum Erliegen. Das wird nach Einschätzung des Bundesverbandes WindEnergie (BWE) bereits in fünf Jahren sein. Dabei belegt die Ausbaustudie für Sachsen der GRÜNEN-

Landtagsfraktion, dass bereits im Jahr 2020 80 Prozent des Stromes aus erneuerbaren Energien kommen können. In Deutschland könnten es nach einem Gutachten der Bundestagsfraktion schon zehn Jahre später 100 Prozent sein. Die Umsetzung ist kein unlösbares technisches Problem, sondern lediglich eine Frage des politischen Willens.

Atomstrom ist also lediglich eine Brücke für den Machterhalt der vier großen Stromkonzerne, denen naturgemäß eine dezentrale, kleinteilige und intelligent vernetzte Energieversorgung ein Dorn im Auge ist. Sie profitieren auch hauptsächlich von den zusätzlichen Milliardengewinnen, denn lediglich real knapp 40 Prozent sollen nach den Plänen der Bundesregierung abgeschöpft werden.

Die Diskussion um die Bildungscard geht an der Realität in Sachsen vorbei

Die Diskussion um die Bildungscard für Kinder aus Hartz-IV-Familien oder von Eltern mit geringem Einkommen geht an der Realität in Sachsen vorbei. Modell für die von der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen, vorgeschlagene Bildungscard ist eine zehnjährige Praxis in Stuttgart.

Doch jeder weiß: Die Unterschiede zwischen den Angeboten in einer Großstadt und dem ländlichen Raum sind erheblich.

Die gerne von der Bundesministerin in der Diskussion angeführten Musikschulen gibt es nun mal nicht in jedem Dorf. Der

reale Wert einer Bildungscard wird aber davon bestimmt, welche Angebote für die benachteiligten Kinder real vorhanden und auch erreichbar sind. Doch hier kollidieren von der Leyens Pläne mit der sächsischen Realität: Die Staatsregierung will die Zuschüsse für Musikschulen genauso kürzen wie die Zuschüsse für den ÖPNV. Dagegen hilft auch keine Bildungscard. Viel spricht dafür, dass die Unterstützung für Kinder am besten in echten Ganztagschulen möglich ist.

Nicht vergessen werden sollten die Fragen des Datenschutzes und die Ge-

fahr der Diskriminierung der Kinder mit Bildungscard.

Auch die Leistungen, die für Kinder bei der neuen Hartz-IV-Regelung vorgesehen sind, sind erst einmal nicht mehr als Ankündigungspolitik der Bundesministerin.

Die vorgesehenen etwa 600 Mio. Euro reichen für das Programm nie aus. Ob den Kindern und Jugendlichen ab Januar wirklich der Weg zu Sport, Musik, Nachhilfe und anderen Freizeitangeboten offen stehen wird, ist mehr als fraglich.

Im Landkreis Görlitz erinnern die Schäden doch an das Hochwasser von 2002

Natürlich hat das Hochwasser des Sommers 2010 nicht so hohe Schäden angerichtet wie das des Sommers 2002. Doch Michael Weichert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fühlte sich bei seiner Reise in den am schwersten betroffenen Landkreis Görlitz an die damalige Situation erinnert, deren Auswirkungen er im Jahr 2002 vor allem an der Mulde erlebte.

Auch in der Tischlerei Prasse in Hirschfelde bei Zittau stand das Wasser am 7. August bis zu 1,30 Meter hoch und zerstörte den größten Teil der Maschinen sowie das



Mitarbeitern konnte er so über Jahre hinweg eine Festanstellung bieten. Die stehen nun vor einer ungewissen Zukunft, denn die Hilfen des Freistaates beschränken sich auf Darlehen. Wie andere Unternehmer auch hat Jürgen Prasse jedoch durch die Investitionen in den vergangenen Jahren ohnehin Darlehen oder Kredite zu bedienen. Ein weiterer kann das schnelle Aus für die Hirschfelder Tischlerei bedeuten.

Im Wirtschaftsausschuss des Sächsischen Landtags hat Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) auf Weicherts Fragen nach Sonderregelungen die Darlehenslösung verteidigt. Erst auf massiven Druck aus Politik und Unternehmerkreisen stellt die Staatsregierung nun eine Härtefallregelung in Aussicht, die aber nur bei ganz wenigen Unternehmen zur Anwendung kommen soll. Der Abgeordnete wird sich dafür einsetzen, dass für alle Unternehmen, die aufgrund des Hochwassers nun um ihre Existenz bangen müssen, diese Härtefallregelung großzügig angewendet wird.

Denn Sachsen kann es sich einfach nicht leisten, tausende Arbeitsplätze in den vom Hochwasser betroffenen, ohnehin strukturschwachen Regionen zu verlieren.

Die Leserinnen und Leser bittet Michael Weichert, mit ihren Spenden oder direkter nachbarschaftlicher Hilfe den Geschädigten weiter unter die Arme zu greifen.

Am 2. Oktober erfuhren Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Mitglieder des Kreisverbandes bei ihrem Hilfseinsatz auf einem Privatgrundstück in Drausendorf bei Zittau, dass direkte Hilfe den Flutopfern auch neuen Mut machen kann.



gesamte Materiallager. Die Schadenshöhe beträgt nach aktuellen Schätzungen ca. 400.000 Euro. Für eine neue CNC-Fräse nahm der Unternehmer noch im Frühjahr dieses Jahres einen Kredit auf. Jürgen Prasse hatte seinen Handwerksbetrieb seit 1992 aufgebaut. Seine Investitionen waren stets wohl kalkuliert und überschaubar. Durchschnittlich sieben Mitarbeiterinnen und



GRÜNE helfen Flutopfern in Drausendorf (Zittau) bei der Beseitigung der größten Schäden. Selbst die Kleinsten packen mit an.



Foto: theedroom/flickr

Für eine Interessenabwägung beim Ladenschluss

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für ein Ladenöffnungsgesetz ein, welches die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie der Beschäftigten im Einzelhandel berücksichtigt. Die angestrebten Ausnahmeregelungen im Gesetzesentwurf der Staatsregierung sind damit unvereinbar. Sie führen zu erheblicher bürokratischer Mehrbelastung und zu Rechtsunsicherheit. Auch künftig sollen die Geschäfte in einer Gemeinde an vier Sonn- und Feiertagen geöffnet werden können. Warum sollen sie an fünf Tagen im Jahr über Nacht geöffnet bleiben dürfen?

Der Sonntag darf nicht schleichend zum normalen Einkaufstag werden. Der Charakter des Sonntags muss erhalten bleiben. Die Ladenöffnung an Kur-, Erholungs- und Wallfahrtsorten von 11 bis 20 Uhr verstößt ebenso gegen die Sonntagsruhe wie die Öffnung von Autowaschanlagen und Videotheken. Vertretbar ist hingegen, dass eine Verkaufsstelle an Sonntagen zwischen 7 und 18 Uhr für sechs Stunden geöffnet sein kann, um für den Sonntag typische Waren wie Brötchen und Zeitungen zu verkaufen.

Damit's bunt bleibt!

Nicht zum ersten Mal will die Staatsregierung bei den Freien Schulen sparen. Im Raum steht der Vorwurf, die Freien Schulen würden das öffentliche Schulnetz „kannibalisieren“. Auch wenn dies später wieder zurückgenommen wurde, bleibt das Ziel bestehen, den Betrieb und die Gründung Freier Schulen in Sachsen zu erschweren.

So sollen ab dem Jahr 2011 die staatlichen Zuschüsse an Freie Schulen von 90 auf 80 Prozent gesenkt und die Erstattung des Schulgeldes für sozial Bedürftige abgeschafft werden. Neu zu gründende Freie Schulen sollen dieselben Mindestschülerzahlen wie öffentliche Schulen vorweisen – für eine Mittel-



schule heißt das 40, für Gymnasien sogar 60 Schülerinnen und Schüler pro Jahrgang. Auch die „Wartefrist“, nach deren Ablauf Freie Schulen überhaupt erst öffentliche Zuschüsse bekommen, soll von drei auf vier Jahre verlängert werden. Es ist zu erwarten, dass sich unter diesen Bedingungen in den nächsten zehn Jahren in Sachsen keine neue Freie Schule mehr bilden kann.

Die GRÜNE-Fraktion zweifelt die Verfassungsmäßigkeit der Pläne des Kultusministeriums an und hat deshalb eine Prüfung durch den juristischen Dienst des Landtags eingeleitet. Die Fraktion setzt sich dafür ein, die Bedingungen für Schulen in freier Trägerschaft mindestens auf dem jetzigen Stand zu halten und nach Möglichkeit zu verbessern. Klar ist aber auch: Eine faire Finanzierung Freier Schulen setzt die Bereitschaft voraus, ihre Qualität prüfen zu lassen. Die Schulen in freier

Volkszählung 2.0: Jeder wird erfasst!

Zum Stichtag am 9. Mai 2011 werden wir alle gezählt! Na und? – mögen viele sagen, das kennen wir doch schon aus der Weihnachtsgeschichte. Die Notwendigkeit der Volkszählung wird damit begründet, dass viele politische Entscheidungen (z.B. Verkehrsplanung, Finanzausgleich) einer zuverlässigen statistischen Grundlage bedürfen.

Doch können Sie sich vorstellen, dass über viele Jahre einsehbar ist, dass Sie im Jahr 2011 ihre Arbeit verloren und welche Maßnahmen Sie bei der ARGE in Anspruch genommen haben? Beim Zensus 2011 werden eine Vielzahl unserer Melde- und Sozialdaten, die ohne unser Wissen von Meldebehörden, der Arbeitsagentur und unseren Vermietern erhoben werden, mit Hilfe von Ordnungsnummern zusammengeführt. Damit ist es möglich, ein ausführliches Persönlichkeitsprofil zu rekonstruieren.

Ein fiktives Beispiel: Ein Behördenmitarbeiter, der auch in der örtlichen Zensus-Erhebungsstelle tätig ist, bearbeitet ihren Einspruch gegen einen Strafzettel und möchte wissen, mit wem er es zu tun hat. Dank der Volkszählung kann er sich schnell ein Bild machen: Hauptschulabschluss, immer auf dem Bau mit wechselnden Arbeitsorten



Illustration: Marung-Bähr

beschäftigt, derzeit arbeitslos. Geschieden, religiös nicht gebunden. Wohnung mit vier Zimmern (Dusche, WC, keine Badewanne) in einem als alternativ geltenden Wohnviertel zusammen mit einer Person (weder Familienangehöriger noch Lebenspartner), die Hauptmieter ist.

Die gesetzlichen Vorschriften erlauben eine Speicherung der Ordnungsnummer bis April 2018. Es fehlen gesetzliche Vorschriften zur schnellen Vernichtung von Erhebungsunterlagen. In Sachsen ist zudem nicht ausgeschlossen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Sozial- und Ordnungsämtern die Zensus-Daten im Verwaltungsvollzug verwenden. Die Gefahr von Grundrechtseingriffen ist unübersehbar. Nicht nur google street view erfordert ein hohes Datenschutzniveau, sondern auch „state home view.“

Trägerschaft sind unverzichtbar für eine vielfältige Schullandschaft. Sachsen braucht die Freien Schulen. „Damit's bunt bleibt!“

Exkurs

Nach § 15 SächsFrTrSchulG wird der staatliche Zuschuss für Schulen in freier Trägerschaft pro Schüler (Schülerschuljahresbeitrag) gewährt. Im laufenden Schuljahr beträgt er für Schüler der Grundschule 2.661,54 €, für Mittelschüler 3.534,72 € und für Gymnasiasten 4.427,54 € im Jahr. Hinzu kommt eine Pauschale für Sachkosten in Höhe von 25 % des Schülerschuljahresbeitrags. Da hiervon die Ausgaben einer Schule nicht bestritten werden können, wird oft ein Schulgeld erhoben. Dies ist in Sachsen auf eine Höhe von max. 60 € pro Monat begrenzt und wird bis jetzt vom Freistaat bei Bedürftigkeit erstattet. Darüber hinaus werden die Schulen in freier Trägerschaft finanziell von ihren Träger- und Fördervereinen unterstützt.

Termine

27. Oktober 19:00 Uhr
Steigende Strompreise - Sind die Erneuerbaren Energien schuld?
Auerbach, „Gasthof zur Eiche“,
Klingenthaler Straße 22

18. November 19:00 Uhr
Ärztmangel – Medizinische Versorgung zwischen Budgetierung und Anreizprogrammen
Schwarzenberg, Bürgerbüro Erzgebirge,
Markt 14

04. Dezember 10:00 Uhr
4. Sächsischer Klimakongress „KlimaSTADTWandel“
Dresden, Theater Wechselbad,
Maternistraße 17

Veranstaltungsreihe zum Denkmalschutz

20. Oktober 19:00 Uhr
Geyer (Erzgebirskreis), Lotterhof,
Am Lotterhof 1

21. Oktober 19:00 Uhr
Dresden, Kleines Haus,
Glacisstraße 28

10. November 19:00 Uhr
Pirna, Stadtbibliothek,
Dohnaische Straße 76

11. November 19:00 Uhr
Leipzig, Westwerk,
Karl-Heine-Straße 93

16. November 19:00 Uhr
Meißen, Schloss Scharfenberg,
Schlossweg 1

Veranstaltungsreihe zu den Kürzungen im Nahverkehr

22. Oktober 19:00 Uhr
Leipzig, Historischer Speisesaal im
Leipziger Hauptbahnhof, Höhe Gleis 14

16. November 19:00 Uhr
Chemnitz, Straßenbahnmuseum,
Zwickauer Straße 164

Weitere aktuelle Veranstaltungen sowie
genaue Orts- und Programmangabe unter
www.gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Beschnitten – der Baumschutz Bäume fallen leicht gemacht

Es ist ein Rückschlag für die Umwelt- und Lebensqualität in Sachsen: Obstbäume, Nadelgehölze, Pappeln, Birken und Weiden sowie Bäume mit einem Stammumfang von unter einem Meter auf bebauten Grundstücken und Bäume, Sträucher und Hecken in Kleingartensparten stehen nicht länger unter dem Schutz kommunaler Baumschutz-

satzungen. So regelt es das Gesetz zur Vereinfachung des Umweltrechts, das mit den Stimmen von CDU und FDP den Landtag passierte.

Das Gesetz greift tief in die Selbstverwaltung der Kommunen ein. Eine Klage der Kommunen könnte nach Ansicht der GRÜNEN-Fraktion erfolgreich sein. Ebenso wichtig: Vor Ort muss verhindert werden, dass in den Städten nicht gleich die ganze Baumschutzsatzung gekippt wird.

Gerodet – die Deiche

„Flankiert“ wird der zu erwartende Eingriff ins Stadtgrün durch einen Erlass des Umweltministeriums von August 2010. Darin werden die Landestalsperrenverwaltungen aufgefordert, die Deichanlagen von sämtlichen Bäumen und Gehölzen zu „befreien“. Allein im Regierungsbezirk Leipzig sind 26.000 Bäume betroffen. Kosten der Rodung: über 7 Millionen Euro.

Die Abgeordnete Gisela Kallenbach bittet die EU-Kommission den Erlass zu prüfen, da sie eine Verletzung des FFH-Rechts befürchtet.



Foto: Barbara Scheller

Publikationen

Kürzungen im Nahverkehr verhindern!



www.mobiles-sachsen.de

Mobilität für alle!

Gerecht – Flexibel – Ökologisch
mit dem Mobilitätsticket



Bestellen

Die Protestpostkarte „Kürzungen im Nahverkehr verhindern“, das Faltblatt zum Mobilitätsticket sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Andreas Jähnel (V.i.S.d.P.),
Anne Vetter, Katrin Richter, Grit Ebert